



Antrag

der Abgeordneten **Stefan Schuster, Klaus Adelt, Florian Ritter, Inge Aures, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Margit Wild SPD**

Feuerwehrrente einführen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport über die Möglichkeit der Einführung einer Feuerwehrrente zu berichten und dabei insbesondere auf monetäre Zuwendungen für das ehrenamtliche Engagement bei der Feuerwehr in anderen Bundesländern einzugehen.

Begründung:

Die SPD-Fraktion tritt für die Einführung einer Feuerwehrrente ein. Die Regierungsfractionen verweigern sich dieser Anerkennung bisher. Die Anhörung im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport am 10.02.2021 hat abermals bestätigt, dass sich viele Ehrenamtliche bei der Feuerwehr nicht ausreichend wertgeschätzt fühlen. Gerade die Einführung einer Feuerwehrrente wäre hier ein Baustein, um dieses wertvolle Ehrenamt aufzuwerten. Es ist schließlich ein spezielles Ehrenamt, welches gleichzeitig der öffentlichen Sicherheit dient. Auch der Sachverständige Andreas Wührl hat sich klar für die Einführung einer Feuerwehrrente ausgesprochen.

Es ist daher zunächst notwendig, dass die Staatsregierung umfassende Informationen zur Einführung einer Feuerwehrrente zusammenträgt und dem Ausschuss hierüber berichtet. Dabei sollen insbesondere die Modelle anderer Bundesländer wie z. B. Thüringen vorgestellt werden.



Antrag

der Abgeordneten **Stefan Schuster, Klaus Adelt, Florian Ritter, Inge Aures, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Margit Wild SPD**

Feuerwehr: unabhängige IT-Entwicklungsstelle schaffen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, für die Feuerwehren eine unabhängige IT-Entwicklungsstelle zu schaffen.

Diese IT-Stelle soll insbesondere folgende Aufgaben für die Feuerwehren übernehmen:

- Anwendungen in einer offenen Plattform entwickeln und allgemein zur Verfügung stellen
- Beschaffung und Betreuung der IT
- Digitalisierung der Dienststellen vorantreiben
- Anwender-Tools entwickeln
- Ausstattung sämtlicher Feuerwehrfahrzeuge mit geeigneten Tablets

Begründung:

Die Anhörung des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport am 10.02.2021 hat bestätigt, dass „die Digitalisierung in den Kinderschuhen“ steckt. Die Digitalisierung verläuft nur schleppend. Es ist daher notwendig, die Digitalisierung energisch voranzutreiben. Dafür muss eine eigene staatliche IT-Stelle für die Feuerwehr geschaffen werden, die die Feuerwehren zentral unterstützt. Wie vom Sachverständigen Wolfgang Schäuble vorgeschlagen, sollte diese Stelle auch Anwendungen in einer offenen Plattform entwickeln und allen Feuerwehren zur Verfügung stellen. Die unabhängige IT-Stelle soll auch für eine zeitgemäße Fahrzeugausstattung mit Tablets sorgen.



Antrag

der Abgeordneten **Stefan Schuster, Klaus Adelt, Florian Ritter, Inge Aures, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Margit Wild SPD**

Feuerwehr: innovative und digitale Konzepte der Erwachsenenbildung schaffen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, für die Feuerwehren wissenschaftlich begleitete Konzepte der Erwachsenenbildung, insbesondere im Bereich E-Learning und Virtual Reality, zu erarbeiten, um Fort- und Weiterbildung dezentral zu ermöglichen und die Feuerweherschulen zu entlasten.

Begründung:

Die Anhörung im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport am 10.02.2021 hat ergeben, dass innovative und digitale Konzepte der Erwachsenenbildung bei der Feuerwehr fehlen. Der Sachverständige Wolfgang Schäuble vermisst insbesondere wissenschaftlich begleitete Konzepte im Bereich E-Learning und Virtual Reality. Hier bietet die Digitalisierung eine große Chance, Fort- und Weiterbildung dezentral zu ermöglichen. Sie könnte auch zu einer Entlastung der ohnehin sehr beanspruchten Feuerweherschulen führen. Die Staatsregierung muss daher gemeinsam mit den Feuerweherschulen und wissenschaftlich begleitet entsprechende Konzepte erarbeiten.



Antrag

der Abgeordneten **Stefan Schuster, Klaus Adelt, Florian Ritter, Inge Aures, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Margit Wild SPD**

Feuerwehr: Konzept zur Gewinnung von Migrantinnen und Migranten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein wissenschaftliches Konzept zur Gewinnung von Migrantinnen und Migranten für die Tätigkeit bei der Feuerwehr in Auftrag zu geben, um die Motivation zur Integration in die Feuerwehrarbeit zu steigern. Dabei ist insbesondere der kulturelle Hintergrund von Migrantinnen und Migranten zu berücksichtigen, der in der Regel keine klassischen freiwilligen Feuerwehrstrukturen kennt.

Begründung:

In der Anhörung des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport am 10.02.2021 wurde deutlich, dass der Anteil von Migrantinnen und Migranten bei der Feuerwehr im Vergleich zum Bevölkerungsanteil sehr gering ist.

Der Sachverständige Wolfgang Schäuble führte wie folgt aus:

„Die Gewinnung von Migranten ist eine komplexe Aufgabe. Der kulturelle Hintergrund von Migranten kennt keine klassischen freiwilligen Feuerwehrstrukturen nach deutschem Muster. In ihren Herkunftsländern gibt es ausschließlich Berufsfeuerwehren. Je nach Herkunftsland sind die Feuerwehren Teil des Militär- oder Polizeiapparates. In diesem Zusammenhang ist die freiheitliche Gesinnung der Herkunftsländer und die Stellung von Militär und Polizeikräften als Staatsmacht zusätzlich ausschlaggebend. In gewissen Herkunftsländern rangieren die Berufsfeuerwehren neben ihrer ggfs. zweifelhaften Zugehörigkeit zum staatlichen Machtapparat auch noch am unteren Ende der sozialen gesellschaftlichen Anerkennung und werden nur über dortige ausländische Gastarbeiter betrieben. Die Motivation zur Integration in die Feuerwehrwelt Deutschlands kann daher als überschaubar beschrieben werden. Für die Gewinnung von Feuerwehrangehörigen mit Migrationshintergrund im angemessenem Prozentsatz zu Gesamtbevölkerung bedarf es wissenschaftlich und umfassend erarbeiteter Konzepte, die den Kommunen und Feuerwehren an die Hand gegeben werden können. Nur so ist es möglich, die Bevölkerung mit Migrationshintergrund infolge ihrer Prägung überhaupt für das Thema ansprechbar zu machen.“

Da es bislang eine nur sehr geringe Partizipation von Migrantinnen und Migranten bei der Feuerwehr gibt, muss zügig ein wissenschaftliches Konzept in Auftrag gegeben werden. Dieses Konzept muss Feuerwehren und Kommunen Vorschläge machen, wie der Anteil an Migrantinnen und Migranten erhöht werden kann.